

Spreche ist es in ausgebreiteter Weise mit den Ausweisungen versucht worden. Wir haben das aus ganz sicherer Quelle. Herr v. Windheim wird gut thun, sich umzuschauen, ob nicht irgendwo ein unbefugter Doppelgänger sein Wesen treibt. Wie viel Personen ausgewiesen sind, können wir nicht sagen — verbürgt ist uns, daß siebzig (10-7) Ausweisungen angeordnet worden sind. Nach den uns gewordenen positiven Mittheilungen halten wir das formal aufrecht. Allerdings sind von den uns bekannten Ausgewiesenen bis jetzt bloß zwei abgereist, und die übrigen 15 sind noch hier — mit dem Damoklesschwert über dem Haupt. Aber an der Thatsache der Ausweisungen russischer Staatsangehörigen ist nicht zu rütteln.

Kuriositäts halber sei noch erwähnt, daß als Grund der Ausweisungen angegeben worden ist, die russischen Arbeiter machten den deutschen durch allzu billige Arbeit Konkurrenz. Der Beamte, der dies sagte, hat jedenfalls nicht erfahren, daß der preussische Eisenbahn-Minister ausdrücklich in einem während der letzten Reichstags-Wahlkampagne veröffentlichten Erlaß die Eisenbahn-Verörden angewiesen hat, bei Erdarbeiten u. s. w. ausländischen Arbeitern den Vorzug vor deutschen zu geben — natürlich zum Schutze der nationalen Arbeit.

Angesichts der von uns mitgetheilten Thatsachen erwarten wir von Herrn v. Windheim mit Bestimmtheit eine Berichtigung seiner Berichtigung.

Das Urtheil des Auslandes.

Ein englisches hochangesehenes Blatt, der „Economist“, äußert sich — wir zitiren mit Weglassung einiger sehr scharfen Stellen — über die Ausweisungen, wie über die Verfolgung Delinquenten folgendermaßen:

„Da kein realer Grund für das Vorgehen gegen die Dänen vorliegt, so hat die öffentliche Meinung in Deutschland sich nicht über die Ausweisungen geäußert. Die Dänen sind ein friedliebendes Volk, das sich nicht in die Angelegenheiten anderer Völker mischen will. Die Ausweisungen sind ein Zeichen der Schwäche der deutschen Regierung. Die Dänen sind ein friedliebendes Volk, das sich nicht in die Angelegenheiten anderer Völker mischen will. Die Ausweisungen sind ein Zeichen der Schwäche der deutschen Regierung. Die Dänen sind ein friedliebendes Volk, das sich nicht in die Angelegenheiten anderer Völker mischen will. Die Ausweisungen sind ein Zeichen der Schwäche der deutschen Regierung.“

„Eine solche Politik“, sagt das englische Blatt zum Schluß, „ist eine Schandthat zu verurtheilen, da sie die inneren Angelegenheiten Deutschlands vergrößert und das Ansehen seiner Regierung in den Augen aller denkenden Menschen in der ganzen zivilisierten Welt herabsetzt.“

So hat denn der Kurs politischer Stabilität, der Kurs der Ausweisungen, des Disziplinaverfahrens, der Justizreform, das seine Gefahr. Der preussische Staat ist zwar vor den Klüften der dänischen Willkür u. s. w. gerettet, aber sein Ansehen in der ganzen zivilisierten Welt ist erschüttert.

Wirtschaftliche Folgen der Ausweisungen.

Die deutsche Ausfuhr nach Dänemark ist — das liegt schon jetzt klar zu Tage — durch die Ausweisungspolitik sehr nachtheiligt worden, als die Dänen selbst durch die Ausweisungen einen materiellen Schaden erlitten haben. Es verheert durch das Ausbleiben dänischer Bevölkerung mehr deutsche Arbeiter Arbeit, als Dänen angewiesen sind. Bei uns liegt wieder ein Brief aus Kopenhagen an eine Reichsministerial-Belehrte, in welcher weitere Bestimmungen abgelehnt werden mit dem Bemerkens, daß die preussische Dänenpolitik im Vergleich mit Schleswig nur dazu geeignet ist, dänische Bevölkerung nach England zu treiben. In die betreffende Firma in Kopenhagen hat die Reichsministerial-Belehrte für circa 30,000 Mark Reichsmark geleistet, und es handelt sich die Ausweisungen zu erwarten, daß in diesem Jahre wieder Anträge mindestens bis zu der angegebenen Höhe gegeben werden. Der Betrag der betreffenden Reichsmark nach Dänemark belief sich im vorangehenden Jahre, abgesehen von der erwähnten Firma, auf circa 100,000 Mark.

Die Inskription — die Inskription! Das Berliner Tageblatt in Beziehung auf die Inskription über die Inskription... (Text is partially illegible due to image quality)

Lucanus ist ein Fanatiker der Einfachheit. Die Inskription enthält ihm genau zwei Worte zu viel. Die Inskription — die Inskription.

Ein guter Witz!

Folgende treffliche Satire auf die Berliner Oberbürgermeisteraffäre bringt der „Vorwärts“ in Anspielung auf das neulich erfolgte Verschwinden eines nervenkranken Berliner Gelehrten:

500 Mark Belohnung! Vermißt wird seit dem 1. Oktober 1898 der Oberbürgermeister von Berlin. Er wurde zuletzt in der Nähe des Friedrichshains von einem Kriminalbeamten gesehen, den er nach dem nächsten Wege zum Schloß fragte. Man nimmt an, daß der Vermißte, der sich in der letzten Zeit bei seinen Studien über Gitter- und Inskriptionskunde überarbeitet hat, in nervöser Erregung den Weg nicht gefunden hat und leidend in Berlin umherirrt.

Der Vermißte ist gut geliebt, trägt einen Vertrag mit der Elektrizitätsgesellschaft in der Tasche, sowie das Konzept zu einer Brandenburger Horrede. Er spricht gebrochen byzantinisch! Die Angehörigen bitten dringend, alle Wahrnehmungen über den Verbleib des Bedauernswürdigen schleunigst in dem Expeditionsgeschäft von Lucanus u. Co. mittheilen zu wollen.

Keine lex Rector?

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ berichtet: „Entgegen anderweitigen Meldungen erfahren wir von gut unterrichteter Seite, daß die preussische Staatsregierung in der kommenden Landtagsession eine Vorlage, betreffend die Abänderung des Vereinsgesetzes auf der Grundlage des letzten bezüglichen Gesetzentwurfs, nicht wieder einbringen wird, obwohl sie nach wie vor an der Nothwendigkeit einer Ausgestaltung des Vereinsgesetzes im Sinne ihrer früheren Vorlage festhält.“

Uns scheint, es sollte der preussischen Regierung, der der Reichskanzler fürstliche Liebe als Ministerpräsident angeheißt, viel mehr daran liegen, daran festzuhalten, daß des Reichskanzlers Verordnungen endlich eingelöst und das Verbindungsrecht für politische Vereine aufgehoben würde. Sie hat an Vertrauen zu ihren Erklärungen wirklich nicht viel mehr zu verlieren.

Zum Sippehandel.

Der Bundesratsbeschluss, betreffend die Sippe-Angelegenheit, ist nach der „Nationalzeitung“ gegen eine Minorität von zehn Stimmen gefasst worden. Es war ihm ein Kompromiß vorgegangen zwischen dem vor mehreren Monaten gestellten, den Ansprüchen Schaumburgs weit entgegenkommenden preussischen Antrag und dem vor einigen Wochen ermittelten schlichten, der unter einer Verwahrung der Justizministerial-Belehrte die Berechtigung der Landesgesetzgebung von Sippe-Demokrat zur Regelung der Sippe-Angelegenheit ausdrücklich anerkennt. In dem Beschluss ist dieses Kompromiß formuliert: er erhebe keinen ausdrücklichem Einspruch gegen eine landesgesetzliche Regelung, aber er halte die Möglichkeit offen, daß gegen sie in späterer Zeit, wenn der Streit einmal rechtliche Bedeutung erhält, der Bundesrat von neuem einzutreten werden und alsdann der erfolgten landesgesetzlichen Regelung die Giltigkeit abzusprechen könnte.

Der Bundesrat besteht aus 58 Mitgliedern, unter denen Preussen 17, Bayern 6, Sachsen 4, Württemberg 4, Baden und Hessen je 3, Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig je 2 und die übrigen 17 Bundesstaaten je 1 Mitglied haben. Die Stimme für Preussen zählt bei dem Abstimmungsverfahren doppelt.

Behandlung der Dreyfus-Affäre in Preußen.

Die Verhandlung der Dreyfus-Affäre in Preußen... (Text is partially illegible due to image quality)

Die Agrarier werden Bergarbeiterfreunde.

Die Agrarier werden Bergarbeiterfreunde... (Text is partially illegible due to image quality)

Schlachthieren zu erhalten. Die deutschen Landwirthe aber könnten es ebenso wie die Schlächter selbst mit Genugthuung begrüßen, wenn es diesen gelänge, eine höhere Verwerthung des Talgs zu erzielen, welches von inländischem Schlachtvieh gewonnen wurde.

Eine preussische „Justizreform“. Den „Ersten Gerichtsschreibern“ ist durch eine Verfügung des Justizministers der Amtstitel „Obersekretär“ verliehen worden. — Im Interesse der „Reinheit der Sprache“?

Ausland.

Oesterreichische Gesetzesfreundschaft. Die chinesische Mauer um Oesterreich ist wieder erhöht worden. Drei Minister — Graf Thun als Minister des Innern, Herr v. Wittel als Eisenbahnminister und Baron Dipauli als Handelsminister — haben nebst anderen Ungesetzlichkeiten am letzten Tage des vorigen Jahres eine Verordnung erlassen, wodurch „Druckschriften, denen der Postdebit für Oesterreich entzogen ist, von der Beförderung mit der Eisenbahn und der Dampfschiffahrt ausgeschlossen werden.“ Die Verordnung ist eine direkte Verhöhnung der in Oesterreich bestehenden Gesetze. Aber was fragen die Regierenden in Oesterreich noch nach Gesetzen?

Sturmzeichen in Italien.

In Italien ist die Lage wieder sehr kritisch. Wieder? Aber sie hat ja seit Jahren nicht aufgehört kritisch zu sein. Seit dem Augenblick, wo Crispi das von Mazzini ihm zugewiesene Amt eines Todtengrabers der Savoyer Dynastie übernahm, arbeitet das italienische Königthum daran, den Akt, auf welchem es sitzt, abzujagen. Es hat sich den Bankrott und Großkornwuchern ankliefen lassen, und diese treiben das Volk zur Verzweiflung und Revolution. Im vorigen Mai hatten wir die zweite Hungerrevolution binnen 4 Jahren. Und heute droht die dritte. Es zeigt sich bei den neuesten Unruhen auch die ebenso bedeutsame als charakteristische Thatsache, daß in Süd-Italien Hochrufe auf die alte Bourbonnen-Monarchie ertönen. Das ist nicht zum Verwundern. So erbärmlich die Bourbonnenwirtschaft war, unter den Bourbonnen sind die Kerker nicht so gefüllt und die Massen nicht so geschunden und geplündert worden, wie im „neuen Italien“ der Savoyer.

Zur Dreyfus-Affäre.

Bezüglich der Dreyfus-Angelegenheit versichert das „Journal“, der Kassationshof habe das Studium des geheimen Dokuments beendet. „Radical“ und „Rappel“ berichten, die Regierung werde über die von Beaurepaire gegen Dard erhobene Anklage interpellirt werden. Blättermeldungen zufolge soll die Bildung einer neuen Vereinigung unter dem Titel „Union nationale“ mit folgendem Programme im Gange sein: Rückhaltlose Unterwerfung unter die Entscheidung des Kassationshofes, Bekämpfung der antisemitischen und antiprotestantischen Bewegung und Verteidigung der Grundlagen des Heeres. Dem Gründungskomitee gehören, wie es heißt, Politiker, Gelehrte und Industrielle an. Der Kassationshof hat für Montag den Botchaftssekretär Paléologue, der seit dem Jahre 1894 der Direktion der politischen Angelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen zugetheilt ist, als Zeugen vorgeladen. Paléologue, der über verschiedene Punkte der Dreyfus-Angelegenheit, mit denen das Ministerium des Auswärtigen sich zu beschäftigen hatte, unterrichtet ist, ist für seine Vernehmung von der Wahrung des Amtsgeheimnisses entbunden worden.

Frau Dreyfus erhielt eine nach der Vernehmung ihres Gatten durch den Capenner Appellhofspräsidenten von Dreyfus selbst unterzeichnete Depesche, wonach er gesund an Körper und Geist der Zukunft entgegenblüht.

Ein harter Kampf um die Präsidentenwahlen in der französischen Kammer wird Dienstag stattfinden. An diesem Tage tritt das Haus nach den Weihnachtstagen wieder zusammen und es hat nach parlamentarischen Brauch das Präsidium zu bestätigen, oder — ein anderes zu wählen. Bekanntlich unterlag Brisson, der Kandidat der Radikalen mit wenigen Stimmen dem Erforenen der Gemäßigten und Reaktionsären, Dechanel. Inzwischen sind Poincaré und Barthou mit ihrem Anhang offen zur Revision übergegangen und auf dieses Ereigniß gründen die Parteien der Linken die Zuversicht, diesmal Brisson auf den Präsidentensitz zu bringen.

Zola bleibt im Exil. In einem Briefe, den Zola jedoch an seinen Verteidiger Labori richtet, theilt er diesem mit, daß er sich dem Drängen seiner Freunde widersetzen und zunächst noch im Exil bleiben werde. In dem Briefe heißt es u. A.: „Ich bin müde des Friedens und der Sicherheit. Mir scheint, ich bin zu nichts mehr gut, ich sei todt, während die anderen kämpfen. Der Sieg scheint mir jetzt gewiß, aber ich bin überzeugt, daß die Banditenpartei bis zum allerletzten Augenblicke alles thun wird, um die Gerechtigkeit aufzuhalten. Daß Jhaez scheint der Held Picquart gerettet. Jetzt wird die Haß hinter Urbain Gohier und Reinach her sein. Am Vorabend der Freisprechung Dreyfus' werden Sie noch irgend einen blödsinnigen und ungeheuerlichen Handstreich versuchen.“

Ein südamerikanischer Attentäter.

Der Wähler des Präsidenten von Uruguay Biarte Borda, Apelino Arredondo, der in erster Instanz zu dreizehn Jahren Gefängniß verurtheilt worden war, ist, wie aus Buenos Ayres geschrieben wird, in zweiter Instanz freigesprochen worden. Es sei, so entschied das Gericht, zwar bewiesen, daß der Angeklagte am 25. August 1897 einen Schuß gegen den Präsidenten abgefeuert habe, dagegen ist nicht bewiesen, daß die durch diesen Schuß entstandene Wunde dem Tod des Präsidenten verurtheilt hat. Eine Anklage des Zeugnisses habe nicht stattgefunden, und Jhaez eben so gut der durch das Attentat erlittene Schaden die Todesstrafe gewesen sein. Zudem habe Arredondo aus Patriotismus gehandelt und mit dem Mord, dem Vater-

